



Interviews

Datum: 19. Oktober 2025

Moritz Küpper im Gespräch mit René Repasi, Vorsitzender der SPD-Gruppe in der S&D Fraktion im Europäischen Parlament

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Küpper: Mein Name ist Moritz Küpper. Herzlich willkommen zu diesem Interview der Woche, heute aus Brüssel, nach einer erneuten europäischen Woche. Das Parlament hat in Straßburg getagt, der Europäische Rat, der Gipfel, die Staats- und Regierungschefs waren zu Gast hier in Brüssel. Viele Themen für Europa, Themen für unser Interview der Woche. Zu Gast ist René Repasi, Jurist, Europarechtler, Professor an der Erasmus-Universität Rotterdam. Aber seit drei Jahren ist er Abgeordneter im Europäischen Parlament für die SPD. Dort ist er Vorsitzender der deutschen Gruppe in der S&D-Fraktion. Herzlich willkommen.

Repasi: Hallo, vielen Dank.

Küpper: Herr Repasi, bevor wir auf diese großen europäischen Debatten kommen, auch ins Europäische Parlament schauen, die Entwicklung dort, gerade ist der Europäische Rat zu Ende gegangen, ich habe es gesagt. Ein zentrales Thema dort, die Nutzung der russischen Staatsmilliarden, die in Belgien eingefroren sind, wie es heißt. Sie sind Jurist. Wie groß sind die Hürden?

Repasi: Die Hürden sind groß, vor allen Dingen, weil wir uns auf rechtliches Neuland begeben und insoweit das wirklich ziemlich wasserdicht basteln müssen, es keine Rechtsprechung gibt, an der man sich orientieren könnte. Aber es ist machbar.

Küpper: Sie sagen, es ist machbar. Es scheint eher, dass die Hürden, je länger man darüber redet, noch größer werden.

Repasi: Ja, diese Hürden sind aber weniger rechtlicher Natur als ökonomischer Natur, weil, wenn ich es jedenfalls richtig verstanden habe, im Europäischen Rat vor allen Dingen das Problem war, dass der belgische Premierminister seine Kollegen gefragt hat: so, und wenn es zum Schwur kommt und die Russen ihr Geld zurückverlangen, weil sie es auch dürfen, wer steht denn dann an meiner Seite und wer garantiert eigentlich die finanziellen Ausfälle dann? Und dass dann nicht so sehr viele Hände nach oben gegangen sind, so dass es mehr ein ökonomisches Problem ist, wer für das Risiko einsteht, als ein rechtliches Problem.

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Küpper: Sie sagen ökonomisch, weniger juristisch. Ist es dann nicht am Ende eine politische Frage, eine Frage des Willens, dass man es einfach macht und dass man dieses Risiko eingeht?

Repasi: Darauf würde ich es in der Tat zurückführen. Es ist eine politische Frage. Rechtlich gesprochen geht es ja darum, dass diese Gelder, die derzeit bei der Europäischen Zentralbank liegen, deren Zinsen man verwendet, um die Ukraine finanziell zu unterstützen, dass dieses Geld nicht der Zentralbank, sondern einem Fonds gegeben wird, wo dann der gesamte Fonds an die Ukraine ausgereicht wird. Und dann soll das mal verrechnet werden mit künftigen Reparationszahlungen von Russland an die Ukraine. So, die Gefahr ist dann, wenn das Geld nicht mehr eingefroren sein darf, weil entweder Sanktionen aufgehoben oder nicht verlängert worden sind oder eben Reparationszahlungen nicht geleistet werden, dass dann das Geld zurückgefordert werden kann. Und wenn das Geld dann nicht verfügbar ist, weil die Ukraine es noch nicht zurückgezahlt hat an die EU, muss dafür jemand gerade stehen. Und dieses Geradestehen, darum geht es. Und da kann man politisch sagen, jetzt stehen wir zusammen, das machen wir alle zusammen, und ich glaube, dann hätten wir gestern einen Beschluss bekommen. Oder man sagt, man weiß es nicht so ganz genau. Und ich glaube, an dieser Wankelmütigkeit ist es dann gestern gescheitert.

Küpper: Sie sagen, es ist kein juristisches Thema. Allerdings, das Ganze fußt ja auch auf der Annahme, dass Russland Reparationszahlungen zu leisten hat. Dafür gibt es aber keinerlei Beschluss. Es gibt ein moralisches Empfinden, natürlich. Aber Sie sind Jurist. Reicht das oder ist das ganze Konstrukt dann nicht doch eher tönern beziehungsweise ein Rechtsbruch mit Ansage, indem man zwar politisch das Risiko eingehen will?

Repasi: Also ein Rechtsbruch mit Ansage, das würde ich jetzt nicht sagen.

Küpper: Wie würden Sie es bezeichnen?

Repasi: Es ist ein Wechsel in die Zukunft. Und wir wissen natürlich nicht, wie sich die Zukunft ausgestaltet. Und genau weil man es nicht weiß, muss man den Worst Case mit bedenken, nämlich, dass es entweder nicht zur Reparationszahlung kommt oder Russland aus anderen Gründen das Geld tatsächlich zurückverlangen kann. Und wie man in diesem Worst Case dann Belgien aus der Patsche hilft, daran ist es dann jetzt wohl gescheitert.

Küpper: Bart de Wever, der belgische Premier, sagt, auch andere sollten dann diesen Schritt gehen. Es gibt auch in Deutschland wohl, so ist zu hören, es sind keine Milliarden, aber dreistellige Millionen. Das ist sozusagen finanziell nur ein

Tropfen auf den heißen Stein, würde da nichts verändern. Aber es würde natürlich, Stichwort Burden-Sharing, Risiko gehen, vielleicht den Belgiern es erleichtern, wenn andere Länder, auch andere EU-Länder, ähnliche Schritte gehen würden?

Repasi: Also zentral ist ja, dass wir hier auch klar sehen müssen, es geht um russisches Staatsgeld, es geht um Zentralbankgeld. Es geht nicht um Villen, Yachten, Ferraris von irgendwelchen Oligarchen, sondern um Staatsgeld. Und insoweit muss man schauen, wo wir tatsächlich Staatsgeld haben. Von der Logik her spricht wenig dagegen, dass alle, bei denen man Staatsgeld in der Verwaltung hat, denn dass es hier in Belgien liegt, hängt ja damit zusammen, dass hier Euro-Clearing sitzt, eine Verwahranstalt, die die entsprechenden Investitionen von russischen Staatsgeldern in Anleihen verwaltet hatte bis zu ihrer Fälligkeit. Und das war halt während des Krieges und dann waren die eingefroren. Dass man das zusammen poolt und gemeinsam nutzt, da spricht ziemlich wenig dagegen, auch wenn es tatsächlich eher symbolische Tropfen auf den heißen Stein sind. In Sachen Lastenverteilung bringt das natürlich nicht so sehr viel, denn wenn man keine ordentliche Lastenverteilung hat, dann steht jeder Staat nur für den Anteil an, den der Staat dann in den Topf hineingeworfen hat. Und wenn das halt ein Tropfen ist, dann bleibt auch die Last, die zu tragen ist, nur ein Tropfen.

Küpper: Die Last soll ja auch innerhalb der EU-Staaten dann anteilig verteilt werden. Für Deutschland käme dann doch ein größerer Milliardenbetrag, wenn man für dieses gesamte Geld, was bei Euro-Clearing liegt, bürgen würde. Glauben Sie, dass das in Deutschland, weil es ja auch durch den Deutschen Bundestag dann auch müsste, eine große Debatte geben würde?

Repasi: Ja, das dürfte eine größere Debatte geben. Davon würde ich schon ausgehen. Es ist natürlich erst mal noch kein Geld, was tatsächlich fließen muss, weil es ja nur eine Ausfallbürgschaft darstellt. Und die Debatte geht dann: wie wahrscheinlich ist es, dass diese Ausfallbürgschaft irgendwann einmal greift? Und dann kommt man natürlich in die Diskussionen, die wir dann hier regelmäßig haben. Wenn es denn greift, ist es richtig, dass wir deutsches Geld haben, was für derartige Zwecke eingesetzt wird, wenn wir gleichzeitig sehen, dass wir am Bürgergeld herunkürzen wollen und sonstige Dinge machen. Das ist ja die besonders gefährliche Debatte, die es hier gibt. Die ist hier in dem Punkt jetzt nicht ganz so heftig wie in anderen Fragen, weil, wie gesagt, hier gar kein Geld fließt, sondern es um eine Bürgschaft geht, die bestenfalls in der Zukunft unter sehr, sehr hohen Voraussetzungen fällig wird.

Küpper: Abschließend gefragt zu diesem Komplex: es heißt jetzt in den Abschlusserklärungen nicht mehr Frozen Assets, sondern es geht jetzt nur noch um

die finanzielle Sicherheit der Ukraine für die Jahre 2026/20270, die die EU, die europäischen Staaten, da zugesagt haben. Gibt es zu dieser Variante mit den Frozen Assets da eine ernsthafte Alternative?

Repasi: Jedenfalls nicht im vergleichbaren Umfang. Denn die Alternativen sind dann, dass die Europäische Union ihrerseits Anleihen ausgibt, aber die EU kann nicht unendlich viel Anleihen ausgeben. Es gibt ein Verschuldungsverbot des Unionshaushaltes und insoweit kann die EU zwar auch mit anderen Mitteln helfen, auch wenn Staaten dann mit unterstützen, aber es wird nie den gleichen Umfang erhalten, als wenn man auf diese russischen Staatsgelder zugreifen könnte.

Küpper: Die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel hat mal den Begriff „alternativlos“ genannt. Würde der hier zutreffen?

Repasi: Naja, nichts ist alternativlos. Die Frage ist nur, sind die Alternativen besser? Und die Alternativen sind nicht besser.

Küpper: Das heißt, der Druck auf Belgien steigt dadurch?

Repasi: Der Druck wird steigen, aber dann darf man nicht vergessen, dass was der belgische Premierminister hier sagt, eben mehr als zu Recht gesagt wird. Man kann ein Land wie Belgien mit diesem Umfang an Risiken nicht alleine stehen lassen. Entweder die EU macht das gemeinsam und dann tragen alle gemeinsam in der Verantwortung mit, oder sie macht es halt nicht. Aber ein Land hier im Regen stehen zu lassen, ist nicht richtig.

Küpper: Haben Sie den Eindruck, dass das so ist?

Repasi: Man konnte jedenfalls den Eindruck gewinnen, denn die Forderungen Belgiens sind nicht unverhältnismäßig, sie sind für mich sehr nachvollziehbar.

Küpper: Das sagt der Bundeskanzler auch.

Repasi: Und insoweit haben wir ja gerade eben vorhin darüber auch gehabt, mit dem notwendigen politischen Willen hätten auf die Frage vom belgischen Premierminister alle die Hand gestreckt und gesagt: wir machen hier bei der Lastenverteilung mit. Und dann hätte es gestern da mit Sicherheit schon einen Deal gegeben.

Küpper: Sie hören das Interview der Woche im Deutschlandfunk. Zu Gast des René Repasi von den Sozialdemokraten, Abgeordneter im Europäischen Parlament. Das Europäische Parlament war auch indirekt Thema auf dem Europäischen Rat, auf dem Gipfel. Da ging es ja auch um Wettbewerbsfähigkeit, um Entbürokratisierung. Das ist das Grundrauschen, was ja auch gerade aus Deutschland vom

Bundeskanzler sehr nach vorne gestellt wurde. Und Sie haben in dieser Woche eine Abstimmung erlebt im Europäischen Parlament, in der, verkürzt gesagt, ein Kompromiss des Lieferkettengesetzes, da geht es eben um diese Entbürokratisierung, gescheitert ist. War das eine gute Woche?

Repasi: Nein, das war keine gute Woche. Also was gescheitert ist, war, dass der zuständige Rechtsausschuss, in dem es eine Mehrheit für die Eröffnung von Verhandlungen mit dem Rat gegeben hat, dass dieses Verhandlungsmandat für das Europäische Parlament durch das Plenum nicht akzeptiert worden ist. Das heißt, das Plenum hat von seinem Recht Gebrauch gemacht, die Sache an sich zu ziehen. Und dann müssen wir jetzt in der nächsten Plenarsitzung halt im Plenum statt im Rechtsausschuss über das Verhandlungsmandat abstimmen und mit welcher Position das Parlament mit dem Rat eben über das Endergebnis sprechen wird. Wir haben eigentlich nicht viel Zeit in diesem Dossier. Es wäre wichtig, unter der dänischen Ratspräsidentschaft, einer der wenigen sozialdemokratischen Regierungen, die es noch gibt, das zu verhandeln, damit man ein Ergebnis bekommt, was dem Gesetz meines Erachtens noch gerecht wird. Und daher hätte ich es bevorzugt, wenn wir am Freitag mit den Verhandlungen bereits hätten beginnen können.

Küpper: War es für Sie auch eine persönliche Niederlage? Sie haben diesen Kompromiss ausgehandelt. Sie haben es auch einen Kompromiss genannt, der für Sie auch schwer zu ertragen war. Aber es sei ein Kompromiss, mit dem es gelungen sei, den Kern zumindest zu erhalten.

Repasi: Ich würde jetzt nicht von einer persönlichen Niederlage sprechen. Ich glaube, dass man in der Politik die Dinge nicht so persönlich nehmen sollte. Aber es ist tatsächlich so, der Kern des Lieferkettengesetzes ist es, dass Unternehmen, die große Gewinne damit machen, dass sie globale Lieferketten aufgestellt haben, dass sie einen Teil dieser großen Gewinne dafür einsetzen, dass es in ihren Lieferketten ordentlich zugeht, in Sachen Menschenrechte, Arbeitnehmer:innenschutz, Umweltschutz. Und dieser Kern, diese Sorgfaltspflichten, die sind im Parlamentsmandat weiterhin geschützt. Wir haben auch den risikobasierten Ansatz, den wir im alten bisherigen Gesetz haben, in das Parlamentsmandat hinüberziehen können. NGOs und andere, die jetzt Unternehmen darauf hinweisen, dass in ihren Lieferketten etwas schief geht, sind dann auch weiterhin verpflichtet, zu handeln und aktiv zu werden, sodass das, was eigentlich ganz wichtig ist, behalten ist. Was weggefallen ist: wie viele Unternehmen müssen sich effektiv daran halten? Das ist besonders schmerzhaft. Was weggefallen ist, ist die Möglichkeit, über eine Haftungsklage in diesem Gesetz Unternehmen haftbar zu machen. Dazu gehört aber auch, der Ehrlichkeit halber, dazu, dass man nach dem Deliktsrecht, nach der

deliktischen Haftung, auch nach nationalem Recht, weiterhin Unternehmen in die Haftung nehmen kann.

Küpper: Herr Repasi, ich will Sie da nicht... ich habe Sie unterbrochen, verzeihen Sie, aber Inhalte sind natürlich sehr, sehr wichtig an dieser Stelle. Aber es ist ja nicht häufig so, dass das Europäische Parlament eine solch prominente negative Erwähnung auf einem europäischen Gipfel findet und dass es dieses Ringen in der Öffentlichkeit schon länger gibt zwischen den europäischen Institutionen, wo auch eine Art Blame Game, also eine Schuldzuweisung stattfindet. Friedrich Merz hat das Ganze inakzeptabel genannt und er bittet das Europäische Parlament ganz herzlich, wie er es gesagt hat, die Entscheidung noch einmal zu überdenken. Ohnehin ist es ja Friedrich Merz oder auch andere Staats- und Regierungschefs, die auf das Europäische Parlament, korrigieren Sie mich, aber in den vergangenen Wochen und Monaten enormen Druck ausüben, ihrer Linie zu folgen: Entbürokratisierung etc. Was passiert da?

Repasi: Ich finde es ehrlich gesagt inakzeptabel, was hier für einen Kritik von nationalen Staats- und Regierungschefs gemacht wird. Das Europäische Parlament ist von den Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern für die EU gewählt worden und die nationalen Staats- und Regierungschefs haben ihre eigenen Parlamente. Denen gegenüber sind sie rechenschaftspflichtig. Aber das Europäische Parlament ist sicherlich nicht irgendwelchen Staats- und Regierungschefs gegenüber rechenschaftspflichtig.

Küpper: Wer schießt da übers Ziel hinaus?

Repasi: Die Staats- und Regierungschefs schießen hier eindeutig übers Ziel hinaus.

Küpper: Alle?

Repasi: Naja, diejenigen, die hier die Behauptung aufstellen, dass es inakzeptabel sei, dass Parlamentarier ihren Job machen. Wir sind ja nicht gewählt worden, um mit dem Stempel die Ideen von Regierungschefs abzustempeln, sondern wir sind gewählt worden, weil wir die Rechte und Interessen unserer Wählerinnen und Wähler hier zu vertreten haben. Und da denken nicht alle eben wie Friedrich Merz denkt, sondern da denken viele auch anders. Und der Sinn und Zweck eines Parlamentarismus, parlamentarischer Demokratie, ist, dass im Wettstreit der Ideen die richtige Lösung gefunden wird. Da knabbert wahrscheinlich Friedrich Merz auch im Deutschen Bundestag dran. Insoweit ist die Aussage schon ein wenig antiparlamentarisch, die er da getroffen hat. Aber wir machen einfach nur unseren Job. Und deswegen sollte man Demokratie auch ihren Job machen lassen. Und in der Tat, wenn man sich das Ergebnis neutral anschaut, ist es halt eben jetzt, dass

statt des Ausschusses, das Plenum in drei Wochen darüber abstimmt. Und dann gibt es eine Mehrheitsentscheidung und dann geht es weiter. Also ich verstehe ernsthaft nicht, wo hier das Problem liegt. Außer, dass man hier ein Ablenkungsmanöver an den Tag legt, um davon abzulenken, dass man vielleicht bei sich zu Hause, wo man eigentlich was zu melden hat, seine eigene Reformagenda vielleicht doch nicht so richtig durchgesetzt kriegt.

Küpper: Die Argumentation ist eher eine andere. Die sagt, das Europäische Parlament macht seinen Job nicht. Und diese Plattform, sozusagen überspitzt formuliert, diese Art Bündnis, was es innerhalb des Europäischen Parlaments gibt, was ein Stück weit die Kommission und deren Arbeit trägt, das ist ein wenig anders auf europäischer Ebene, aber die liefert nicht. Es waren ja auch Sozialdemokraten eben, die jetzt genau diese Abstimmung, über die wir sprechen, abgelehnt haben. Es feiern als richtigen Schritt, diesem von ihnen ausgehandelten Kompromiss nicht zuzustimmen.

Repasi: Ja, wenn diese Plattform so etwas wie eine Koalition wäre, würde ich dieser Kritik ja durchaus das abgewinnen können. Ist es aber nicht. Diese Plattform ist eine lose Abmachung, die gesagt hat, dass sie zum Zwecke dieses Nachhaltigkeitsomnibusses, wie man das hier nennt, zusammenarbeiten möchte.

Küpper: Entbürokratisierung?

Repasi: Ja, Entbürokratisierung. Vielleicht haben wir später noch die Zeit, um über den Bürokratiebegriff zu sprechen. Aber jedenfalls, bei diesem Rückbau der Nachhaltigkeitsgesetzgebung zusammenzuarbeiten. Die Sache ist nur die, dass wir im Europäischen Parlament keinen Regierungs-Oppositions-Dualismus haben. Bei jedem Dossier müssen Mehrheiten neu gefunden werden. Und das führt auch dazu, dass man über Gesetze hinweg keine Absprache miteinander trifft wie in einem Koalitionsvertrag. Und dann haben wir die Situation, dass die größte Fraktion, die aber auch knapp über 20 Prozent bloß hat, die Christdemokraten, zwei Mehrheitsoptionen haben. Die der sogenannten Plattform mit den proeuropäischen Parteien der Mitte und eine Alternative mit Rechtsaußen bis hin zur AfD. Und die Verhandlungstaktik des christdemokratischen Berichterstatters war immer, dem progressiven Teil der Plattform zu sagen: wenn ihr eure Forderungen hier aufrechterhaltet, dann mache ich alles viel, viel schlimmer mit den Rechtsaußen. Und so ist es dazu gekommen, dass viele Kolleginnen und Kollegen sich gegängelt, ein bisschen erpresst fühlen, dass man das andauernd so machen muss und dass man das auch in sehr vielen anderen Ausschüssen erlebt. Und das eigentlich auch nicht die Mehrheitsverhältnisse wiedergibt, dass 100 Prozent Christdemokratie im Endergebnis ist, obwohl man nur 20 Prozent im Parlament repräsentiert. Im

nationalen Parlament würde man jetzt am Anfang einer Legislatur sich einfach mal alles anschauen und sagen, okay, in dem Gesetz gibt es ein bisschen mehr CDU, in dem Gesetz gibt es ein bisschen mehr SPD. Das gibt es aber eben im Europäischen Parlament nicht, weil wir keine Koalitionsverträge haben, wo wir uns das über einen längeren Zeitraum aufteilen.

Küpper: Aber über das, was wir jetzt reden, war ein von Ihnen ausgehandelter Kompromiss, den Sie mitgetragen haben. Und Ihnen sind Ihre Sozialdemokraten aus anderen Ländern nicht gefolgt. Das zeigt ja schon ein wenig, dass diese lose Abmachung, die Sie da haben, wo Sie es bestanden haben, dass das dysfunktional ist und am Ende vielleicht sogar auch die Arbeit des Parlaments angesichts des Drucks, den es gibt - Friedrich Merz sprach davon, er fürchte um jeden europäischen Arbeitsplatz.

Repasi: Es zeigt nur, dass es im Europäischen Parlament so etwas wie Fraktionszwang nicht wirklich gibt.

Küpper: Ist das ein Fehler?

Repasi: Das kann man kritisieren. Aus der Sicht eines Abgeordneten und der Funktionsfähigkeit der Demokratie ist das vielleicht eher zu begrüßen. Das macht aber Prozesse etwas komplizierter und langatmiger, weil man viel mehr sich mit anderen unterhalten muss. Es ist nämlich nicht ausreichend, dass der Fraktionsvorsitzende oder die Fraktionsvorsitzende mit der Peitsche schwingt und dann ist die Mehrheit schon zusammen. Sondern man muss da ganz anders arbeiten und argumentieren.

Küpper: Aber es ist nach außen, in den Mitgliedstaaten, in den Bevölkerungen dann vielleicht nicht mehr nachvollziehbar. Und man kreist zu sehr um sich selbst. Es ist ja ein alter Vorwurf.

Repasi: Ja, ob das so ein alter Vorwurf ist, das weiß ich nicht. Denn wir müssen uns ja mal schon die Zeitschiene anschauen. Dieses Gesetz kam ins parlamentarische Verfahren im Februar und wir befinden uns jetzt im Oktober. Das kann gut mithalten mit dem parlamentarischen Verfahren in den nationalen Parlamenten. Das finde ich jetzt nicht überaus langsam. Relevanter ist vielmehr der andere Punkt eben, dass das Plenum zu einer anderen Meinung kommt als ein Rechtsausschuss. Und wir hier in diesem Ergebnis, was zur Abstimmung stand, gesehen haben, dass den rechten Parteien das nicht genug Abholzen war, den linken Parteien viel zu viel. Und es dann innerhalb der Plattform einige gab, die innerlich zwar mit dem Kompromiss leben konnten, aber es halt total daneben fanden, dass bei jeder sozialdemokratischen Forderung der Berichterstatter immer gedroht hat: wenn ihr das nicht aufgebt,

stimme ich mit den Rechten zusammen. Also insoweit ist das ein Gebräu von vielen Veto-Playern geworden, die da im Plenum zusammengekommen sind und hier zum Ausbruch gekommen ist. Damit muss man jetzt umgehen. Und jetzt werden wir halt im Plenum die Lösung versuchen zu finden.

Küpper: Ist das eigentlich, was Sie da gerade skizzieren, dieses Drohen mit rechten Mehrheiten, die ja demokratisch gewählt sind im Europäischen Parlament, wie auch anderswo, ist das auch etwas, was potenziell im Deutschen Bundestag drohen könnte?

Repasi: Das glaube ich nicht im vergleichbaren Maße, weil wir im Deutschen Bundestag ja zumindest derzeit noch stabile Mehrheiten auf Grundlage von Koalitionsverträgen haben. Wenn man dann einmal mit rechts außen stimmt, ist man koalitionsbrüchig. Eine Regierung könnte zusammenbrechen, es gibt Neuwahlen. Das Europäische Parlament kann im Gegensatz dazu gar nicht aufgelöst werden. Unser Wahltermin ist gesetzlich festgelegt und kann nicht verändert werden. Bei uns kommt für jedes Dossier eine neue Mehrheit zustande, sodass man das machen kann. Und Rechtsaußen ist politisch gesehen, strategisch gesehen, schlauer geworden als in früheren Mandaten. Die bieten sich gerade für umme an, um Christdemokraten zu ihren Inhalten zu verhelfen. Nur um zu erreichen, dass Christdemokraten ihre Brücken zur anderen Seite des Hauses abbrennen lassen, um dann aber ihren Preis einzufordern. Und wer seinen Faust gelesen hat, weiß, wie billig es erscheint, seine Seele zu verkaufen, wie schwierig es aber ist, sie später wieder zurück zu bekommen.

Küpper: Sie hören das Interview der Woche im Deutschlandfunk. Zu Gast der SPD Europaabgeordnete René Repasi. Lassen Sie uns nochmal einen Schritt zurück und auf die europäischen Institutionen ein bisschen im Größeren schauen. Das Europäische Parlament hat über die Jahre, Jahrzehnte, sich immer mehr Kompetenzen erarbeitet, nenne ich es mal, im Zusammenspiel mit den anderen Institutionen, vor allem mit der EU-Kommission und auch dem Rat, also dem Gremium der Staats- und Regierungschefs. Jetzt sieht es so ein wenig aus, und deswegen vielleicht auch diese Schuldzuweisung, dieses Gerangel da, dass das beschnitten werden soll. Dass wieder mehr Macht in die Hauptstädte gehen soll. Und auch bei der EU-Kommission unter Ursula von der Leyen landen soll. Teilen Sie diesen Eindruck?

Repasi: Ich teile diesen Eindruck.

Küpper: Woran machen Sie das fest?

Repasi: Es ist ja auch erst mal nichts Schlimmes daran. Politik lebt ja auch darin, dass wir Akteure haben, die ihre eigenen Interessen verfolgen. Und ein politisches

System funktioniert dann, wenn man solche Interessen in einem Gleichgewicht halten kann. Ein politisches System wird dann fragwürdig, wenn das zu einem Ungleichgewicht kommt. Wenn irgendwelche Interessen sich per se und immer durchsetzen und Opposition zu diesen Interessen nicht mehr geduldet oder an den Rand gedrückt wird. Und in der Europäischen Union, also sagen wir mal, im nationalen Kontext, haben wir da ein Ausbalancieren zwischen parteipolitischen Interessen in Form von Koalitionsverträgen, in denen sich das aushandelt und man dann über entsprechend vier Jahre miteinander zusammenarbeitet. Im europäischen Kontext ist das weniger der Fall, weil bei uns politische Parteien nicht so ausgeprägt sind, sondern da kontrollieren sich die Institutionen gegenseitig. Da hat sich über die Jahrzehnte ein institutionelles Gleichgewicht entwickelt, was im Verfolgen der institutionellen Eigeninteressen entstanden ist. Und somit konnten sich die Institutionen gegenseitig in Schach halten. Jetzt sind wir aber in einer Situation, dass zwei der Institutionen von einer Parteienfamilie dominiert werden, den Christdemokraten, Mehrheit im Rat, Mehrheit in der Kommission. Und im Parlament können sie sich ihre Mehrheit aussuchen, weil sie zwei Optionen haben, die sich gegenseitig widersprechen. Insoweit kann eine Parteienfamilie ihr Parteieninteresse in allen drei Institutionen durchsetzen. Und niemand kann sie aufhalten, weil wir ein parteipolitisches Gegengewicht in Form von Koalitionsverträgen noch nicht kennen. Und das schafft sozusagen ein Vakuum, wo man dann guckt, wo kann man am schnellsten ohne große Gegenspieler Ergebnisse erzielen?

Küpper: Machen wir das konkret. Der Versuch jetzt, vor allem von der christdemokratischen Seite, ist ja das Verbrenner-Aus. Sie kommen aus Baden-Württemberg. Die SPD in Berlin, in Deutschland, stellt sich noch dagegen. Aber man könnte das natürlich über die europäische Ebene, wenn man da Mehrheiten findet, aussiedeln.

Repasi: Zunächst einmal müsste die Kommission einen entsprechenden Vorschlag machen.

Küpper: Der Druck ist da.

Repasi: Der Druck ist da. Dann gäbe es mit Rechtsaußen die entsprechenden Mehrheiten im Parlament und im Rat sind die Mehrheiten ebenfalls so, wie sie sind. Dadurch, dass das Verbrenner-Aus im europäischen Recht geregelt ist, ist es auch tatsächlich eine europäische Frage. Und insoweit schauen jetzt natürlich alle auf die Kommission, was da läuft. Und da haben wir mit Ursula von der Leyen eine Kommissionspräsidentin, die sich 2019 zum Ziel gemacht hat, klimaneutral zu sein und die jetzt vor der Frage steht, ob sie ihre ersten fünf Jahre alle in die Tonne kloppt oder nicht.

Küpper: Aber Fakt ist auch, die Ursula von der Leyen von 2019 ist nicht mehr die von 2025. Wo stehen Sie da? Die SPD in Deutschland ist da ja auch nicht ganz einig beim Thema Verbrenner. Da gibt es auch Stimmen, die sagen: wir müssen den Weg gehen. Stichwort: Wettbewerbsfähigkeit.

Repasi: Die SPD ist die Partei der Arbeit. Und deswegen ist es so...

Küpper: Und der Arbeitsplätze?

Repasi: Das ist genau das, was ich jetzt auch fortführen wollte. Die SPD ist die Partei der Arbeit. Und deswegen ist es so, dass, wenn Arbeitsplätze wegfallen und abgebaut werden, das in der Seele eines Sozialdemokraten besonders wehtut. Und man alles daran setzt, dass das eben nicht passiert. Und dann ist es so, dass wir jetzt in einer Zeit leben, in der Klimaneutralität und Arbeitsplatzschutz in einen Gegensatz zueinander gebracht werden, unter dem dann wir als Partei in besonderem Maße leiden. Ich glaube, dass dieses Verhältnis nicht stimmt, denn ich behaupte mal, wenn wir jetzt das Verbrenner-Aus 2035 abschaffen, dann werden die Hiobsbotschaften nicht aufhören. Denn wir haben eine Absatzkrise in der Autoindustrie, wir haben viel zu hohe Energiepreise und das Verbrenner-Aus ändert daran gar nichts. Dennoch ist es so, dass wir gerade als Partei der Arbeit schauen müssen, dass wir die Arbeitsplätze von heute genauso schützen müssen, wie die Arbeitsplätze von morgen zu schaffen.

Küpper: Das heißt jetzt für diese konkrete Frage, für dieses Verbrenner-Aus, was Ihr Kollege im Parlament, Manfred Weber, der Chef der EVP-Fraktion, ja sogar versprochen hat.

Repasi: Wollen wir mal schauen, ob er sein Versprechen halten kann. Dass es zum Verbrenner-Aus 2035 gekommen ist, hat ja etwas damit zu tun, dass man denken müsste, wenn man der Wissenschaft folgt und sieht, dass sich die Welt erwärmt, wenn man sieht, dass fossile Rohstoffe geringer werden, dann wäre es eigentlich nur das Ergebnis unternehmerischer Vernunft, sein eigenes Geschäftsmodell Richtung Verbrenner-Aus umzustellen. Und viele Unternehmen im Zulieferbereich sind diesen Weg auch schon gegangen. Wir haben aber gleichzeitig festgestellt, dass die Großunternehmen in Deutschland und Europa, obwohl wir seit den 70er Jahren, seit dem Club of Rome wissen, dass das Problem da ist, ihr Geschäftsmodell nicht geändert haben. Also musste man wohl offensichtlich mit Gesetzgebung reingehen und dieses Ziel festlegen, damit Unternehmen anfangen, umzudenken. Aber vor dem Hintergrund ist es so, dass, wenn man sieht, dass Unternehmen anfangen umzudenken, wenn man sieht, dass man jetzt vielleicht schauen muss, wie man Unternehmen auf dem Weg dorthin hilft, dass man das Ziel auch tatsächlich erreicht, dass man sehen muss: welche Unterstützungsmaßnahmen kann man auf den Weg

machen? Und da kann man auch über eine gewisse Form von Technologieoffenheit nachdenken, wenn es etwa um Plug-in-Hybride oder die sogenannten Range Extender geht, um zu sehen, ob das Erleichterung tatsächlich mit sich bringt, ohne dass man an der Ambition 2035 rütteln muss. Wer denkt, dass man mit der Abschaffung von 2035 in das Land zurückkehrt, in dem Milch und Honig fließen, der ist reichlich naiv.

Küpper: Das heißt, abschließend gefragt, ja oder nein, Sie sehen Spielraum, dass man dieses Versprechen halten kann und trotzdem die Zukunft bewahren kann?

Repasi: Ja, diesen Spielraum sehe ich, wenn wir uns nicht ideologisch an Symbolen verhaken, sondern mal endlich wieder anfangen, uns ins Lösen von Problemen zu verlegen.

Küpper: René Repasi, ich danke Ihnen für dieses Interview.

Repasi: Vielen Dank.